Abend-Ausgabe.

Das „Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags an welchem es nur in einer Morgenausgabe, und des Montags, an dem es nur in einer Abendausgabe ausgegeben wird. Es ist durch die Expeditionen Zerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 56, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 35, sowie durch alle Zeitungs-Spediteure und Post-Anstalten des Reiches zu beziehen. — Redaktion: Zerusalemerstr. 48.

Der Abonnements-Preis beträgt incl. Donnerstags-Beilage „Ulk“ und „Sonntagsblatt“ vierteljährlich 5 M. 25 Pf. incl. Botenlohn, monatlich 1 M. 75 Pf., durch die Post bezogen 5 M. 25 Pf. pr. Quartal.

Inserate, pr. Zeile 30 Pf. (Berliner Stadt-Anzeiger 20 Pf.), werden Zerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filial. Louisenstadt: Prinzenstr. 35, angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 516. Berlin, Dienstag, den 4. November 1879. VIII. Jahrgang.

Politische Tages-Uebersicht.

Berlin, 4. November.

* In der gestrigen Abend- und der heutigen Morgenausgabe haben wir das Wesentliche einer an das Abgeordnetenhaus gelangten Regierungsvorlage mitgetheilt, welche die Verwendung des Ueberschusses der durch das neue Zolltarifgesetz erzielten Reichs-Einnahmen über die Reichsausgaben, soweit derselbe an Preußen zur Vertheilung gelangt, regeln soll. Die Basis, auf welcher diese Verwendung für den preußischen Staat gedacht ist, ist provisorisch ein Erlaß an der Klassensteuer, welcher sich an die bisherige Gliederung derselben anlehnt; der Gesetzentwurf bestimmt die Modalitäten des Erlasses vorläufig nach Monatsraten der jährlichen Steuersumme, und stellt für die Zukunft eine Reform der Klassensteuerveranlagung in Aussicht. Wir sind einigermaßen besorgt, daß sich im Publikum sogleich Hoffnungen daran knüpfen möchten, die nach unserer Ueberzeugung eines festen Grundes für eine geraume Zeit noch entbehren und mit unliebsamen Tauschungen endigen müssen. Der Entwurf sagt nicht, und kann nicht positiv sagen, daß Ueberschüsse im Reiche vorhanden sein werden; er giebt nur die gesetzlichen Normen, nach denen zu verfahren ist, wenn Ueberschüsse vorhanden sind. Welche Reihe von Eventualitäten aber erforderlich ist, ehe an eine thatsächliche Erleichterung der Klassensteuer gedacht werden kann, mag aus Folgendem erhellen. 1) Die Eingangszölle nach Maßgabe des Tarifgesetzes und die Tabaksteuer müssen die muthmaßlichen Erträge, unter deren Voraussetzung sie eingeführt sind, wirklich für das Reich liefern; das ist für's Erste eine theoretische Streitfrage, von der wir glauben, daß die Praxis sie verneinen wird. 2) Von diesen Erträgen werden reichsgesetzlich zunächst die von den Einzelstaaten zu leistenden Matrikularbeiträge durch Verrechnung in Abzug gebracht. 3) Erst das, was danach übrig bleibt, kann als ein Ueberschuß betrachtet werden, den zunächst das Reich hat, und über den es autonom verfügt. 4) Die gegenen Bedürfnisse des Reiches werden aber wachsen von Jahr zu Jahr. Und sollen wir daran erinnern, daß nunmehr auch die Konvention abläuft, welche der Reichstag mit der Reichsregierung in Bezug auf den Militäretat geschlossen hat? Oder glaubt Jemand, daß der Militärfiskus sich bescheiden in engere Grenzen zurückziehen und seine Ausgaben demnächst beschränken wird? Wo soll der Ueberschuß demnach eigentlich herkommen? Aber gesetzten Falls, es gebe einen solchen, so haben wir die ferneren Bedingungen, welche der Gesetzentwurf für die Verwendung desselben in Preußen vorschreibt, ehe die Aussicht auf einen Erlaß an Klassensteuer irgend welche Substanz gewinnt. Der Entwurf wahrt 5) der preußischen Verwaltung (Regierung und Landtag) durchaus korrekt die Autonomie über diese Verwendung. Denn es heißt im § 1 wörtlich, daß an den Erlaß an Klassen- und Einkommen-Steuer heranzutreten ist, — „insoweit darüber (über den vom Reiche abgeführten Ueberschuß) nicht mit Zustimmung der Landesvertretung behufs Bedeckung der Staatsausgaben oder Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände anderweit Verfügung getroffen wird.“ Das ist gewiß korrekt; aber ebenso gewiß scheint uns, daß diese anderweitige Verfügung stets oder wenigstens so oft eintreten wird, daß an ein System der Erleichterung der Klassensteuer nicht gedacht werden kann. Wachsen einmal die Bedürfnisse des Reiches von Jahr zu Jahr, die des preußischen Staates werden mit ihnen wachsen! Von allen Seiten ertönt noch dauernd Nothruf; die Schule, die Kirche, die Subalternbeamten fast aller Kategorien, sie Alle wollen haben — und nun gar im Hintergrunde die Eisenbahnen! Daneben stehen die Kommunen, welche nicht mehr aus noch ein wissen, an welche sich die gesetzlichen wie die moralischen Ansprüche täglich steigern. Auch wenn sie, denen wir es gönnen, von dem etwaigen und höchst zweifelhaften Ueberschusse etwas abbekommen sollten, das Höchste, was zu erreichen ist, wird sein, daß dann der kommunale Steuerzahler nicht noch höher herangezogen wird, als er es gegenwärtig schon ist. Wie dicht der Nebel aber ist, in welchem ein Erlaß an Klassensteuer vor uns umherschwimmt, mögen unsere Leser aus der vorstehenden Ausführung selber entnehmen.

* Von der Gruppe der Linken der General-Synode, Rittergutsbesitzer Biedenweg, Stadtschulrath Dr. Cosack (Danzig), Pfarrer Geisel (Thorn), Professor Dr. Guterbock (Königsberg), Pfarrer Herrmann (Marienburg), Pfarrer Schrage (Osterkollen), Rittergutsbesitzer Seydel (Chelchen) und Rittergutsbesitzer Pfarrer A. D. Dr. Voigdt (Domdrowken), ist eine Erklärung abgegeben worden, in welcher sie darlegen, daß sie zu einer besonderen Gruppe in der Synode zusammengetreten seien auf Grund des Programms: 1) Gleiche Berechtigung aller auf dem Boden der evangelischen Kirche stehenden Glaubensrichtungen; 2) Festhalten an der gegebenen Kirchenverfassung und Fortentwickelung derselben im Sinne des Gemeinde-Prinzips. Von diesen Grundsätzen aus hatten sie zur Förderung aller Vorlagen, soweit sie nicht im Interesse der Kirche verwerflich erschienen, redlich gewirkt und deshalb auch für die Gesetze „betreffend das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen“, sowie „betreffend die Umlagen für provinzielle und landeskirchliche Zwecke“ und die bezüglich der Stolgebühren-Frage gestellten Anträge gestimmt; doch sahen sie andererseits sich genöthigt, die Trau-Ordnung, sowie den Gesetzentwurf über die Kirchenzucht zu verwerfen.

Bestimmend war für uns, so führt die Erklärung fort, daß die von der Generalsynode angenommene Trau-Ordnung den Akt der staatlichen Eheschließung nicht in vollberechtigter Geltung erhält und intolerante Versagung der Trauung möglich macht. Bezüglich des letzteren Gesetzes waren uns die endgültig beschlossenen Bestimmungen über die Verweigerung des Abendmahls völlig unannehmbar. Auch dem Pfarr-Wahl-Gesetz, wie aus den Berathungen der Generalsynode hervorgegangen, mußten wir, da dasselbe wesentliche Rechte der Gemeinden opfert, unsere Zustimmung versagen. Aus denselben Gründen, und weil wir im Einverständniß mit dem Kirchenregiment jedes Rütteln an der Kirchengemeindeverfassung für äußerst bedenklich halten, sind wir der auf Antrag der Pommerschen Provinzialsynode beschlossenen Abänderung des § 14 der Kirchengemeindeverfassung vom 10. September 1873 entgegengetreten. Daß wir die verschiedenen aus der Mitte der Generalsynode gemachten Versuche, die Grundprinzipien evangelisch-kirchlichen Lebens im Sinne einseitiger Parteirichtung in Frage zu stellen, bei Berathung und Abstimmung bekämpfen, ergiebt sich nach dem von uns eingenommenen Standpunkt von selbst. In der Schulfrage war es uns leider nicht vergönnt zum Wort zu kommen. Es wäre sonst aus unserer Mitte der Nachweis versucht worden, daß einerseits die Frage über den Werth und die Berechtigung der Simultanschulen, weder durch die Mittheilungen des Kirchenregiments, noch durch die Verhandlungen in der Synode allseitig aufgeklärt erscheint, und daß andererseits die Erfahrung, besonders größerer Kommunen, für die Simultanschulen, als eine notwendige und auch segensreiche Schulorganisation spricht. Reichte nach der Geschäftsordnung unsere geringe Zahl zur Stellung selbstständiger Anträge nicht hin, und konnten wir sonach bei den Verhandlungen der Generalsynode nur zu ausnahmsweise zur Erhebung Veranlassung gebenden Verhalten für die gedeihliche Entwickelung unserer evangelischen Landeskirche nicht völlig unfruchtbar gewesen sein wird.

* Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses, welcher heute eine Sitzung abhielt, hat sich über die Betheiligung der einzelnen Fraktionen an den Fachkommissionen geeinigt. Es ist daher anzunehmen, daß die morgen in den Abtheilungen vorzunehmenden Wahlen für die Fachkommissionen ohne alle Schwierigkeiten vor sich gehen werden. Gleichzeitig haben die Mitglieder des Seniorenkonvents sich vorbehaltlich der Zustimmung der Fraktionen über die geschäftliche Behandlung des Budgets verständigt. Hiernach dürfte im Plenum bei der ersten Berathung des Etats beantragt werden, das gesammte Extra-Ordinarium und auch die wichtigeren Ordinarien der Budgetkommission zur Vorberathung zu überweisen. Zur Berathung im Plenum werden voraussichtlich nebst den kleineren Etats die Etats der landwirthschaftlichen und der Gestüt-Verwaltung gestellt werden.

* Dem Abgeordnetenhause ist vom Finanzminister eine Nachweisung über die Anzahl der für das Jahr vom 1. April 1879/80

Kleine Chronik.

*** Es ist doch eine eigene Sache mit dem sogenannten „Finger Gottes“. Da wollte neulich ein hiesiger Rezensent beweisen, welch eine gefährliche Sache es wäre, Wagnerianer zu sein, und berief sich zu diesem Behufe auf den angeblichen Tod Friedrich Nietzsches. Gewiß haben die Meister mit Grausen vernommen, daß Jemand an Richard Wagner gestorben, nur Schade, daß sie nicht wußten, wer Friedrich Nietzsche sei. Es dürfte möglicherweise genügen, dies einmal mit wenigen Worten zu sagen.

Freilich wird der Leser von vornherein sehr enttäuscht sein, denn erstlich ist Friedrich Nietzsche nicht todt und zweitens auch, wenigstens seit längerer Zeit, durchaus kein Wagnerianer mehr. Wenn er gestorben wäre, so könnte daher j denfalls Wagner weit eher darin das Strafgericht Gottes für den Abfall von ihm erkennen. Nietzsche ist allerdings kränklich und hat deshalb seine Vorlesungen, die er bis vor Kurzem als Professor in Basel hielt, aufgeben müssen. Mit welcher Ergebenheit und Ruhe er indessen seine Leiden trägt, davon legen seine letzten Schriften ein beredtes Zeugniß ab.

Es sind freilich eigenartige Werke, sowohl diese letzten als auch die ersten Schriften des Baseler Professors. Ohne Zweifel ist diese so philosophischer Sonderling, ein Mann, dem nichts mehr zuwider ist, als auf der breiten Heerstraße einherzuwandeln, auf welcher die gewöhnlichen Sterblichen fortzukommen suchen. Schopenhauer und Wagner waren sein Lehrer; aus der Philosophie des großen Pessimisten und aus der Kunsttheorie des Bayr uther Meisters nahm sich Nietzsche gleichsam die mystischen Quintessenz, um sich aus derselben eine eigene Lebensweisheit zu brauen. So schildert er im dithyrambischen Schwunge „die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik“, so geht er in seinen „unzeitgemäßen Betrachtungen“ mit der Zeit ins Gericht, die seinem Ideale so wenig entspricht. Ueberrens waren manche dieser unzeitgemäßen Betrachtungen durchaus zeitgemäß, so wenn er in David Strußens „altem und neuem Glauben“ die inneren Widersprüche nachwies und gegen den Beifall protestirte, den man Strauß als Stylisten geschenkt hatte, oder wenn er die Ueberschätzung der historischen Auffassung behandelte, welche in allem Bestehenden nur Vorübergehendes sieht und den Menschen schließlich jeden festen Anhalt bringen muß. Aber alle diese Schriften hatten trotzdem etwas Brauseliges; denn Leier war es zu Muthe, als wenn er sich durch ein Dickicht Bahn brechen müsse, in welches nur selten ein Sonnenstrahl hineinfiel.

Da räumte der Autor plötzlich selber mit seiner früheren Weltanschauung auf. Zwar wird schwerlich Jeder die Gründlichkeit billigen, mit der er dies that. Es waren doch — um bildlich zu sprechen — in jenem Dickicht viele alte schöne Bäume, aber nicht einer ward verschont. Alles bis auf die Wurzeln ausgerodet, das Land urbar gemacht und mit irgend nützlichen Früchten bestellt. Wenn Nietzsche nicht auf den Titelblättern seiner jüngsten Schriften gleichsam seine Visitenkarte abgäbe, so würden auch seine intimsten Bekannten nicht merken, wen sie vor sich hätten. Diese Umwandlung ist eine der interessantesten psychologischen Erscheinungen, die je bei einem Schriftsteller vorgekommen. Ironisiren jener unsittlichen Wildheit war es allmälig dem Manne angst und bang geworden, er fühlte sich gedrückt, beengt, gefesselt.

Da führte ihn sein Studium zu den großen Freigeistern des vorigen Jahrhunderts, vor Allem zu Voltaire. Welch eine andere Welt zeigte sich ihm hier: voll Licht und Luft, frei und weit, so gar nicht rüthselhaft. In diese Welt rettete er sich hinüber und widmete seine Sammlung von Aphorismen „Menschliches — Allzumenschliches“ (Chemnitz, Ernst Schmeitzner). Ueber Ernst hat sich manche frühere Gesinnungsgenosse des Philosophen verletzt fühlen: ich gestehe gern, daß auch mir Vieles in diesem Buche mißfällt. Aber Ernst konnte sich ihm selbst im Aerger nicht entreißen: daß es vielleicht das am glänzendste inspirirte Buch ist, welches seit längerer Zeit in Deutschland geschrieben. Der Styl Nietzsche's, welcher früher an Ueberschwenglichkeit und Unklarheit litt, ist hier geradezu meisterhaft klar, durchsichtig und wohlgefügt.

Manche dieser Aphorismen Jeder lesen, der es liebt, zu denken und zu sinnen: sie zwingen ihn mit jeder Zeile dazu, ob sie nun Gott und Welt, Staat und Gesellschaft, Kunst und Religion, oder den Einzelnen und sein Wollen, Streben, Ringen und Leiden behandeln.

H. H.

Trübe Aussichten für den November. Dr. Sofka in Prag hat für den diesmonatigen Monat November eine recht trübe Wetter-Prognose gestellt, von der wir nur wünschen wollen, daß der himmlische Wettermacher sich nicht an dieselbe kehrt und sie vielmehr über den Haufen wirft, wie er dies mit den Wetterprophezeiungen im Allgemeinen zu thun pflegt. Herr Dr. Sofka meldet nämlich: „Obgleich ich nicht mehr in der Lage bin, allmonatlich Wetter-Prognosen zu liefern, so halte ich es doch für meine Pflicht, in besonders wichtigen Fällen rechtzeit g zu warnen, und eben jetzt steht ein solcher bevor. Ich habe seit zwei Jahrzehnten oft darauf hingewiesen, daß und warum heftige atmosphärische Konvulsionen einzutreten pflegen, wenn der Mond der Erde ungewöhnlich nahe tritt. Ort sind sie so furchtbar, wie jene vom 25. Mai 1872 in Böhmen und die meisten derartigen in Ungarn, Siegeln mit eingerechnet; die Windsbräute von 16. Oktober d. J. brachte aber das eigenthümliche Perigeanunwetter so komplet, wie es nicht oft vorkommt, denn es fehlten weder Fröste noch vorzeitige Schneefälle, noch Wolkenbrüche, schwere Stürme, ja selbst Erdbeben. Am 14. November tritt der Mond der Erde noch näher, und zwar in einer Stellung, wo er gern auch vulkanische Ausbrüche verursacht; wir haben daher mehrere Tage vor und nach diesem Termin schechtes Wetter zu erwarten. (Etwas Aehnliches, wenn auch vielleicht minder intensiv, ist um den 12. Dezember d. J. in Aussicht gestellt.) Uebrigens kommen etwa vom 6. November an nach einigen Niederschlägen kalte Tage, welche um den 11. das sprüchwörtlich bekannte St. Martinswetter einleiten dürften. Es fallen da nämlich viele Sternschnuppen und tritt gern Kälte mit Schnee oder Regen ein, was mit Unterbrechungen etwa bis zum 19. anhalten dürfte, worauf die Kälte bis zum Ende des Monats nur langsam steigt, einiges Anziehen um den 23. und 27. ungerechnet. Nachfröste sind bis heiterem Himmel vom 1. bis 7. und vom 20. bis 30. Regel. — Hoffen wir mit Zuversicht, daß der November ohne die angekündigten elementaren Ausschreitungen an uns in Gnaden vorüberzieht.

Einen höchst seltsamen Fall von zeitweiliger Unfähigkeit, zu riechen und zu schmecken, hat vor Kurzem Dr. M. Raynaud aus seiner ärztlichen Praxis mitgetheilt. Der Fall steht bis jetzt einzig da und ist so wunderbar, daß man sich veranlaßt fühlt, an dessen Glaubwürdigkeit zu zweifeln, wenn er nicht von einem ärztlichen Fachmann vorsichtig beobachtet worden wäre. Eine 25jährige Frau, welche seit längerer Zeit an Brustbeschwerden litt, bemerkte im Monat März und April d. J. gleichzeitig mit einer Verschlimmerung ihres Brustleidens, daß täglich gegen 4 Uhr Nachmittags ihr Geruchsvermögen plötzlich und vollständig schwand und erst am folgenden Tage gegen 10 Uhr Vormittags eben so plötzlich wieder zurückkehrte. Genau ebenso verhielt sich ihr Geschmackssinn, während die anderweitige Sensibilität der betreffenden Theile erhalten blieb. Dr. Raynaud, der, wie er freimüthig eingesteht, sich aus dieser sonderbaren Erscheinung keinen Vers machen kann, gab auf's Gerathewohl eine Dosis Chinin und es gelang ihm wirklich, in acht Tagen diese Anomalie zu beseitigen. Hierbei erfuhr er denn noch, daß die Frau ein Jahr vorher vier Monate lang ganz dieselben Erscheinungen an sich beobachtet und diese Zeit dazu benutzt hatte, um von den für sie nahen Aerzte verordneten Medikamenten, von welchem sie sonst einen unüberwindlichen Ekel hatte, zu gebrauchen. Sie will zur Zeit des geschwundenen Geruchs- und Geschmackssinnes beim Einnehmen des Lebertrhans nur das Gefühl von etwas Fettigem, aber sonst keinerlei widerliche Empfindung gehabt haben. Dr. Raynaud hebt ausdrücklich hervor, daß die Frau weder nervös noch hysterisch ist und also ist keinen Verdacht auf Simulation aufkommen läßt. Ihm — und wohl auch der ganzen medizinischen Welt — ist dieser Fall ganz neu und ätiologisch unerklärlich, indeß vermuthet er, daß, da die Erscheinungen leicht der Beachtung entgehen, sie doch vielleicht öfter vorkommen möchten.

Zur Hochzeit des Königs Alfonso. Die Madrider Hotelbesitzer sind in Verzweiflung; es sollen anläßlich der Vermählung des Königs bekanntlich keine Festlichkeiten stattfinden. Diese unfreundlichen Patrioten hatten darauf gerechnet, eine reiche Ernte einzuheimsen, um sich, ein Jeder, welcher einen Souverain vertreten sollte, hatte in einem Hotel nach dem Preise eines Salons und eines Schlafzimmers sich erkundigt, man hatte ihm 2000 Realen pro Tag, ferner 300 Realen für einen Wagen, mit der Verpflichtung, denselben für 20 Tage zu nehmen, abverlangt. Er wendete sich an ein anderes Hotel, wo man von ihm für die gleichen Apartements 3000 Realen und 1000 Realen für einen Wagen — nebst der Verpflichtung, denselben für 15 Tage zu nehmen — forderte. Der Gesandte stand im Begriff, mit dem ersten Hotelier abzuschließen, als die Nachricht anlangte, daß keine Festlichkeiten stattfinden werden. Ueberdies werden den fremden Regierungen keine Einladungen zugehen. Man scheut sich vor abermaligen Einladungen, nachdem man solche kurz hintereinander zur Hochzeit und zum Begräbniß der jungen Königin hatte ergehen lassen. Die Regierungen werden jedoch aus eigenem Antriebe Gesandte schicken.